

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

307 (6.7.1918) Mittagblatt

Badischer Beobachter

Mittagsblatt

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Nr. 4 25; (b. d. Geschäftsstelle monatlich 1.10) (b. d. Geschäftsstelle) durch die Post Nr. 4 70 ohne Briefporto; für Schenksendungen, Bismarck, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postämtern; übriges Ausland Nr. 12.—
Fernsprecher Nr. 535

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonialsache 25 Pf.; Resten Nr. 1. 20, je mit 20% Zuerkennung zuzüglich. Bei Wiederholung Nachschick nach Zeit. — Beiträge vermitteln alle Anzeigen. — Schluß der Anzeigenannahme norm. 1/8 Uhr bzw. nachm. 1/3 Uhr.
Postfach: Karlsruhe 4844

Notationsdruck und Verlag der Badenia L.-G. für Verlag und Druckerei
Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Wochentagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Stern und Blumen“, „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Redaktion: H. H. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

An die Parteifreunde.

Eine neue Zeit ist angebrochen. Der Krieg hat unsern deutschen Volk und Vaterland schwere Wunden geschlagen, er hat aber auch das ganze Volk in seinem tiefsten Innern aufgerüttelt und zu lebendiger Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten des Vaterlandes angeeignet. Nach dem Krieg warten unser gewaltige neue Aufgaben zum Wiederaufbau des Volkslebens, insbesondere des gesamten Wirtschaftslebens.

Daraus ergeben sich große und schwere Aufgaben für die politischen Parteien, vor allen auch für die deutsche Zentrumspartei. Mehr als je kommt es in dieser Entscheidungsstunde darauf an, daß wir in geschlossener Einigkeit unsere christliche Weltanschauung betätigen, daß wir in unseren christlichen Volksgenossen das umfassendste Verständnis wecken für die gemeinsamen Bedürfnisse und Pflichten.

Was die deutsche Zentrumspartei seit ihrer Gründung in den schweren Jahren der kirchenpolitischen Kämpfe und in den ersten Arbeiten für die staatsbürgerliche Freiheit, die wirtschaftliche Sicherung und soziale Erhebung unseres Volkes erreicht und erreicht hat, das soll in den kommenden schweren Jahren nach dem Kriege dauernd gesichert und auf der unüberwindlichen Grundlage christlicher Gerechtigkeit fortgeführt und weiter ausgebaut werden.

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei richtet an alle, denen die Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes und unserer Partei am Herzen liegt, die dringende Aufforderung, im Rahmen ihres Berufes und in ihrem sonstigen Wirkungskreis mitzuwirken, damit die Partei auch unter den neuen Verhältnissen und den zu erwartenden Schwierigkeiten ihren Aufgaben gerecht werden kann. Die Zentrumspartei wird bestrebt sein, soweit möglich einen Weg zu gemeinsamer Arbeit mit anderen Parteien zu finden, dabei aber ihre Selbstständigkeit und grundsätzliche Eigenart gegenüber den übrigen Parteien nach rechts und links entschieden aufrecht zu erhalten.

Nicht nur nach der politischen, sondern auch nach der organisatorischen Seite sind neue Aufgaben zu lösen. Die eifrige Beteiligung am Parteileben muß überall nachgehalten und verstärkt werden. In Orts- und Bezirksversammlungen wird über das gesamte Aufgabengebiet der Gegenwart und Zukunft ein reger Meinungsaustrausch herbeizuführen und eine neue gemeinsame Arbeitsgrundlage zu schaffen sein.

Parteifreunde! Gebet ibrer alten Grundfah „Für Wahrheit, Recht und Freiheit“ wird die Zentrumspartei dabei die nachstehenden, vom Reichsausschuß in gemeinsamer Ausdrucks festgelegten Richtlinien einhalten. Niemandes vor eine starke Geltendmachung der Zentrumspartei als notwendiger als heute. Das hohe Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn alle Zentrumsparteigänger in Stand und Land einig und geschlossen zusammenstehen. Deshalb fordern wir alle unsere Parteifreunde auf, für diese Grundfah zu arbeiten, zu werden und zu kämpfen!

Berlin, den 30. Juni 1918.
Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei.
Die Vorstehenden:
Gröber, Dr. Porsch, Seid.

Richtlinien für die Parteiarbeit.

- 1. Verfassung.**
 1. Treue zum Reich und Treue zum Heimatland. Volle Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches, vor allem durch Aufrechterhaltung der Sonderrechte der Einzelstaaten, ihrer eigenen Kulturpolitik, sowie der Selbstständigkeit und des nötigen Entwicklungsraumes auf finanziellem Gebiet.
 2. Erhaltung einer starken Monarchie und einer kraftvollen Volksvertretung, die allein eine jede Ausnahmebehandlung ausschließende Gerechtigkeit und eine hochsinnig erhaltene bürgerliche Freiheit in Gesetzgebung und Verwaltung zu gewährleisten vermögen.
 3. Volkstümliche und freiheitliche Ausgestaltung der Verfassung. Schulung der breiten Volksschichten für die Aufgaben der Selbstverwaltung.
- 2. Außenpolitik.**
 4. Sicherung und Ausbau der deutschen Weltstellung in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht.
 5. Schaffung eines den deutschen Wirtschaftsbedürfnissen genügenden deutschen Kolonialgebietes. — Förderung der Christenmission der Eingeborenen. Befreiung jeder Form der Sklaverei.
 6. Erziehung des Volkes zu einem besseren Verständnis der außenpolitischen Fragen; erhöhte Anteilnahme der Volksgliederung an der Außenpolitik. — Grundsätzliche Reform des diplomatischen Dienstes.
 7. Schaffung und Durchführung eines den christlichen Grundfah entsprechenden Völkerrechts. — Volkstümliche, durch völkerechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des Völkervertrages. — Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. — Freiheit der Meere, insbesondere durch Abschaffung des Seebeuterechts und durch Gewährleistung ungehinderten Verkehrs der neutralen Handelsschiffe zwischen neutralen Staaten. — Internationale Regelung des Arbeiterstrajkes und der Arbeiterversicherung.
- 3. Innenpolitik.**
 - a) Religiös-sittliche Forderungen:
 8. Erhaltung und Kräftigung der christlichen Kultur- und Erziehungsziele im deutschen Volksleben.
 9. Förderung und Festigung des guten Einverständnisses zwischen Staat und Kirche, Kampf gegen Verdrängung auf Trennung der beiden Gewalten. — Freiheit der Kirche, kirchlicher Genossenschaften und Vereine, insbesondere auch der katholischen Orden und Kongregationen.
 10. Gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen sowie der Anhalten der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten, insbesondere bei der Beschäftigung öffentlicher Beamter und bei der Zuzugung öffentlicher Mittel.

11. Freiheit für die christliche Liebestätigkeit und patriotische Förderung ihrer Einrichtungen.
12. Erhaltung der konfessionellen Volksschule. — Erziehung freier konfessioneller höherer Schulen unter Wahrung des dem Staat gebührenden Aufsichts- und Prüfungsrechts. — Sicherung eines genügenden Religionsunterrichts an allen Schulen. Wahrung der landesrechtlichen Zuständigkeit für Unterricht und Erziehung auch der schulentlassenen Jugend. — Gewährung der freien Zeit für Erfüllung der religiösen Pflichten.
13. Schutz der Ehe und Familie, Eindämmung der Ehescheidungen, Förderung aller Bestrebungen auf Erhaltung des Kinderlebens der Familie. Kampf gegen sittliche Verwilderung, insbesondere auch gegen eine entartete Kunst und verkommene Literatur.
14. Abschaffung des Duellzwanges.

b) Soziale und wirtschaftliche Forderungen.

15. Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten.
16. Kraftvolle Fürsorge gegenüber hinterlassenen Familien (Steuererleichterung, Wohnungspolitik, Kinderzulagen an Beamte usw.). — Schutz der Jugend gegen Ausbeutung und Verführung.
17. Schutz der nationalen Arbeit. — Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft. — Ausdehnende Förderung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel und Verkehr. — Gesehliche Anerkennung der berufständischen Organisationen und Ausbau ihrer Rechte. Soziale Fürsorge auch für die freien Berufe. — Schaffung und Erhaltung eines lebenskräftigen Mittelstandes. — Ansehung der Arbeitslosen als gleichberechtigten Gliedes der Volksgemeinschaft. — Fortführung des gesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenrechtes und der sozialen Versicherungsverpflichtung. — Heigehme Fortbildung des Beamtenrechtes.
18. Erhaltung des Privatigentums als einer wesentlichen Grundlage der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Kampf gegen den Mißbrauch des Privatigentums, insbesondere Ausbeutung der Mietsknechte im Sinne fortschreitender sozialer Gerechtigkeit und erhöhten wirtschaftlichen Schutzes gegen Wucher, unläuterer Wettbewerb und Schwindel aller Art. Bekämpfung der Auswüchse des Kartells- und Syndikalismus.
19. Planmäßige Förderung des Kleinwohnungswezens sowie der inneren Kolonisation.

c) Finanz- und Steuerfragen.

20. Energische Sparsamkeit in Reich, Bundesstaat und Gemeinden.
21. Gerechtige Verteilung der Steuerlasten unter Schonung der minderleistungsfähigen Volksschichten und Berücksichtigung der Gesamtlasten in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden.

d) Stellungnahme zu den Kriegspolaren.

22. Sicherung des Wiederaufbaues des Wirtschaftslebens durch Vereinbarungen in den Friedensverträgen, welche die früheren Handelsbeziehungen erneuern und die Weiterführung des Wirtschaftskrieges ausschließen. Möglichst baldige Wiederherstellung der freien wirtschaftlichen Tätigkeit durch Abbau der Kriegswirtschaftlichen Organisationen, insbesondere der Kriegsgesellschaften und der monopolistischen Syndikate.
23. Wiederaufbau der durch den Krieg schwer geschädigten Gewerkschaften in Industrie, Gewerbe und Handel unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes.
24. Angemessener Schutz der Kriegsteilnehmer bei ihrer Wiedereinführung ins Wirtschaftsleben. Weitergehende Fürsorge für Kranke und besoldigte Kriegsteilnehmer und für die Kriegserntehinterbliebenen; Verbesserung des Rentenstellungsaues und Einspruchsverfahrens durch Schaffung von Rechtsanwaltschaften.
25. Kampf gegen Heubüchse und Gewissenlosigkeit im Erwerbsleben, besonders gegen Kriegswucher und übermäßigen Kriegsgewinn.

Als der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei auf den 30. Juni dieses Jahres einberufen wurde, konnte man glauben, es handle sich wieder lediglich um die Beilegung von inneren Unstimmigkeiten, wie sie nun einmal die Diskusion über die politischen Fragen der Kriegszeit von Zeit zu Zeit für alle Parteien mit sich bringt. Diese Annahme war erfreulicherweise unrichtig, wie die vorliegende Kundgebung beweist. Wir sagen „erfreulicherweise“, weil es immer ein Zeichen von Schwäche ist, wenn eine Partei sich nur negativ mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt und den Nachdruck auf das Beschwichtigende legen muß. Dagegen ist es ein Zeichen des Kraftgefühls, wenn sie sich auf ihr Wesen, ihre Geschichte, ihre Grundfah besinnt und von da aus Stellung nimmt zu den neu auftretenden Fragen der Zeit. Letzteres aber hat der Reichsausschuß mit der oben mitgeteilten Entschliesung und Aufstellung von Richtlinien für die Zukunft getan und damit bewiesen, daß kräftiges, zukunftstrophes geistiges Leben in der Partei pulsiert und daß sie keineswegs gelassen ist, vor der Lösung der gewaltigen Aufgaben, die an alle Parteien und an alle, die im öffentlichen Leben stehen, und eine Verantwortung für seine Weiterentwicklung tragen, gegenwärtig und in der Zukunft herantreten, irgendwie zurückzuführen.

Die hier angegebenen Richtlinien bewegen sich völlig im Geiste und in den Gedankengängen der Grundfah, die bei der Gründung der Zentrumspartei im Jahre 1870 maßgebend waren. Nur darf man nicht vergessen, daß inzwischen bald 50 Jahre seit jener Zeit verstrichen sind und die Erfahrungen dieser langen, durch Fragen der inneren und äußeren Politik reich bewegten Zeit konnten natürlich nicht spurlos an neuen Richtlinien für die Parteiarbeit vorbeigehen. So sehen wir, daß hier neben die Grundfah über die Stellung des Zentrums zur Verfassung, die ja die gleichen geblieben und nur noch klarer und bestimmter ausgesprochen worden sind, auch solche traten, die sich mit der auswärtigen Politik beschäftigen. Die auswärtigen Fragen wurden leider in der Vergangenheit bei der ganzen Parteiarbeit nicht so gewürdigt, wie es nötig gewesen wäre. Die Schuld lag bei weitem nicht allein an den Parteien, sondern am ganzen System im Reich. Die auswärtigen Fragen erschienen immer mehr als reine Aufgaben der Regierung, zu denen die Parteien aus einmal mit einer Parabede im Parlament sich äußern konnten, ohne sich aber mit

allem Ernst damit zu beschäftigen. Wäre das bisher anders gewesen, manches hätte sich anders und wahrscheinlich besser entwickelt. Auch bei uns müßte es allmählich dahin kommen, daß die Parteien die auswärtigen Fragen mit demselben Ernst ins Auge fassen, wie die inneren — nicht um sich über sie in gleicher Weise, wie über die inneren, heranzustreiten, sondern um aller Welt zu zeigen, daß hinter dem, was in auswärtigen Angelegenheiten geschieht, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit steht. In der Anhängerschaft des Zentrums hat man daher allen Grund, es freudig zu begrüßen, daß die neuen Richtlinien sich nicht nur nebenbei, sondern mit Nachdruck auch mit der Außenpolitik beschäftigen und dadurch den festen Willen bekunden, ein bisher allgemein allzusehr vernachlässigtes Feld zu bearbeiten.

In der Innenpolitik werden mit Recht die religiös-sittlichen Forderungen vorangestellt. Das gehört sich von einer Partei, die vielleicht keine Erprobungsbedingung hätte, wenn sie nicht alle Aufgaben im öffentlichen Leben an ihrer positiv christlichen Welt- und Lebensauffassung prüfen und darauf behandeln würde. Mehr als je hat heute die christliche Anschauung der Welt zu geben und alle öffentlichen Angelegenheiten können nur davon Nutzen haben, wenn sie sich am Christentum orientieren. So viele Forderungen, die heute einfach aus einer allgemeinen Notwendigkeit heraus von allen Seiten erhoben werden, sind uralte Forderungen des Christentums. Wir erinnern nur an das Verhältnis der Völker untereinander, an das von je gewaltiger Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes geworden Bevölkerungsproblem, an die Gerechtigkeit im sozialen Leben und an die Durchdringung des wirtschaftlichen Lebens auch mit ethischen Gesichtspunkten. Wir glauben auch, daß, wer diese hier gegebenen Richtlinien für Innenpolitik nachdenklich durchsicht, nicht mehr den Vorwurf erheben wird, das bekannte Girsenscheiben des deutschen katholischen Episkopats habe in einflussreichen katholischen Kreisen keinen lauten Nachhall gefunden. Alles zu seiner Zeit; die Zentrumspartei bezug ihr Reichsausschuß konnte sich jetzt erst — übrigens noch frühe genug — mit diesen eigenen Angelegenheiten beschäftigen und es ist in einer Weise geschehen, die das Beste für die Zukunft erwarten läßt.

Selbstverständlich beschäftigen sich die Richtlinien auch besonders mit den aktuellsten Aufgaben der Politik, mit Finanz- und Steuerfragen und mit den Fragen, die unmittelbar mit dem Krieg und seinen Folgen zusammenhängen. Jedermann wird daraus ersehen, daß ein guter Geist in der Zentrumspartei walte, der die Zeichen der Zeit versteht und ihre Schäden kennt und bereit ist, daraus seine Schlüsse zu ziehen.

So ist diese Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei ein hochbedeutendes Dokument der Neuorientierung im Zentrum, entstanden aus ernstem Beobachten der Ereignisse im Leben des deutschen Volkes und einsichtsvollem Nachdenken über das, was demgegenüber not tut. Die Zentrumsparteigänger wissen nun, daß ihre Partei auf dem Plan ist und den ersten Willen hat, die Aufgaben in Angriff zu nehmen, die von der großen Zeit an sie gestellt werden. Kritik und sicher tritt die Partei an diese Arbeit heran, gestützt auf ihre alten in Christentum wurzelnden Grundfah, mit offenem Auge für das, was die Zeit verlangt und mit der frischen Kraft jenes Idealismus, ohne den nichts Großes zustande kommt. Mit Stolz und Vertrauen hält sie das Zentrumsbanner hoch, auf dem nach wie vor die Parole heißt: Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 5. Juli, abends. (W.L.V. Amtlich.) Von den Kampfzonen nichts Neues.

Die deutschen Luftangriffe auf Paris.

Bürid, 3. Juli. (N.) Im Sabotagebericht vom 1. Juli heißt es: Die Götterapparate (deutsche Flug-) überfliegen jetzt fast alle Tage Paris, ohne aber die Stimmung der Bevölkerung auch nur im geringsten beeinflussen zu können. Die Zeitungen erwähnen nur die Bevölkerung zu größerer Vorsicht, da die größten Opfer durch Unvorsichtigkeit zu vermeiden seien. Zugleich verlangen die Wälder Vergeltungsangriffe gegen deutsche Städte, wie Köln, Frankfurt a. M., Trier und Koblenz. (Und die fortgesetzten französisch-englischen Angriffe auf offene deutsche Städte? Red.)

Vom französischen Eisenbahnerkongress.

Bern, 5. Juli. (W.L.V.) Der Kongress der Eisenbahner Frankreichs hat am 29. Juni mit 106 710 Stimmen die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Clermont-Ferrand und die Haltung der Confederation Generale du Travail gebilligt. Eine Entschliesung, die u. a. die heilige Einheit für eine Halle der reaktionären Parteien Frankreichs erklärt, die die Arbeiter Frankreichs mundtot machen soll, und die Stellung der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft und der Internationale besonders die Verweigerung der Rasse für Stockholm scharf angeht und die Haltung der Federation Generale du Travail ausdrücklich tadelt, erhielt 49 458 Stimmen.

Englische Matrosen und Matrosinnen wollen Deutschland boykottieren.

Die Neue Züricher Zeitung meldet aus Paris: Der Präsident der englischen Marineliga Wilton hat an das Journal des Debats einen Brief gerichtet, in welchem er erklärt, 650 000 Matrosen und 300 000

Maschinen der englischen Handelsmarine hätten beschliffen, Deutschland auf 5 Jahre und acht Monate zu boykottieren. Es dürfte während dieser Zeit kein deutscher und keine deutsche Ware auf englischen Schiffen befördert werden. (1) Er hoffe, daß Frankreich sich diesem Vorhaben anschließen werde.

Churchill zum amerikanischen Unabhängigkeitstag.

London, 5. Juli. (W.L.V.) Meldung des Reuterschen Büros. In einer zur Feier des amerikanischen Unabhängigkeitstages abgehaltenen Versammlung der Anglo-Saxon-Fellowship in Westminster hielt Munitionsmminister Churchill eine Rede, in der er sagte, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 sei nicht nur ein amerikanisches Dokument, sie sei einer der großen Rechtsstiele, auf denen die Freiheit der englischen Völker begründet sei. Nachdem Churchill den gegenwärtigen Krieg als einen Kampf zwischen Zivilisation und wissenschaftlicher Barbarei zwischen Staaten, wo die Völker Regierungen besitzen, und Staaten, wo die Regierungen die Völker besitzen, bezeichnet hatte, fuhr er fort: Eine der beiden Systeme müsse entscheidend siegen. Deutschland müsse geschlagen werden und wissen, daß es geschlagen sei.

Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 5. Juli. (W.L.V.) Amtlicher Bericht von gestern. Mazedonische Front: Im Oberlauf des Strumits gingen feindliche Kompanien gegen unsere Vorposten südlich von dem Dorfe Somtschen vor, wurden aber durch Feuer zurückgewiesen. Westlich von Dobropolje, südlich von Huma und bei Altschaf Mahle war die Feuerertätigkeit auf beiden Seiten zeitweise ziemlich heftig. Ostlich vom Waradar zersplitterten wir eine vordringende englische Erundungsabteilung. Südlich von Gengeli siegte unsere Geschütze ein großes feindliches Stützpunktlager in Brand. Im Waradar und Strumatal beiderseitige lebhaftes Fliegerertätigkeit.

Türkischer Kriegsbericht.

Konstantinopel, 5. Juli. (W.L.V.) Amtlicher Bericht von gestern. Palästina-Front: Im Küstenabschnitt war auf beiden Seiten Artillerieertätigkeit reg. Zu beiden Seiten der Straße Jerusalem-Ablus feigerte sie sich heftig. Westlich des Jordan waren auf erkenntliche feindliche Batterien wirksam durch unser Feuer beschossen worden. Drei in der Nähe befindliche feindliche Schwadronen zogen sich auf dieses Feuer schleunigst nach Süden zurück. Zu beiden Seiten des Jordan wurde die feindliche Fliegerertätigkeit sehr rege. An den anderen Fronten keine Ereignisse.

Sultan Mehmed VI.

Konstantinopel, 5. Juli. (W.L.V.) Meldung unseres Sonderberichterstatters. Mit großer Feierlichkeit fand heute vormittag die Vat genannte Proklamierung des Sultans Mehmed VI. in Palaste Top Kapu statt. Um 10 Uhr 15 Minuten trat der Sultan in den Thronsaal ein, in dem der Kronprinz Abdul Medschid Effendi, die kaiserlichen Prinzen, der Großvezir, der Scheich ul Islam, die Minister, das Parlament und der Hebede versammelt waren. Nachdem der Sultan einen Augenblick auf dem Sessel neben dem Throne Platz genommen hatte, begann die Peremonie des Vats, bei der die Anwesenden des Sat-fah, das die Hand des Radisha darstellt, küßten. Nach dieser Peremonie nahm der Sultan auf dem Throne Platz. Abgeordnete aus dem Nordkafasus und aus Arabien wohnten der Feier bei. Dann folgte die Beilegung der Rede Mehmed VI., die zur Wahrung nach dem Palaste Top Kapu gebracht wurde. Der Sultan folgte dem mit reichem bunten Decken besetzten Sarge bis an die Tore des Palastes, dann begab er sich auf seiner Nacht nach Ejub, wohin die Leiche auf einem Motorboot geschafft worden war. Dort fand die Beilegung in dem von Mehmed V. errichteten Grabmale statt.

Zur Lage im Osten.

Eine Unterredung mit Lenin.

Stockholm, 5. Juli. (W.L.V.) Politiken veröffentlicht eine Unterredung mit Lenin, die der Vertreter des Blattes in Petersburg hatte. Danach gab Lenin zu, daß die Lage schwer sei und daß besonders die nächsten Wochen bis zur Erneuerung der reichen Bauern und Offiziere ohne fremde Unterstützung machlos. Die Opposition innerhalb der bolschewistischen Partei gegen den West-Itowsker Frieden habe sich gelöst, da man begriffen habe, daß es notwendig sei, um die Erringung der Revolution durch Deutschland zu verhindern. In der Ukraine sei der Bolschewismus durch die deutsche Okkupation eine Art nationale Bewegung geworden. Zum Schluß sprach Lenin die Hoffnung auf eine allgemeine Revolution in Europa aus. (1) Ein Bolschewiki-Gesandter von den Engländern interniert.

Aus Christiania wird über Kopenhagen gemeldet: Der Bolschewiki-Gesandte in Christiania, Weiler, ist am letzten Montag über Bardö nach Rußland abgereist. Bei Kirkenes wurde sein Dampfer von einem englischen Torpedojäger angehalten. Dreier und drei andere Rußsen wurden auf dem Schiffe nach Westhena gebracht und dort interniert. Weiler wollte in Moskau mit Lenin verhandeln.

Washington die Ver...
an Rumänien auf die Adresse...
W.L.V.) Die Antwort...
auf die von dem Senats...
dreife auf die Chron...
nicht begrüße ich mit...
moldauischen Bodens...
nicht an Rumänien...
ungung eine mächtige...
Quelle...
Friedenszu...
stellen berufen sind, und...
die...
An die Parteifreunde...
Eine neue Zeit ist angebrochen...
unsern deutschen Volk und Vaterland...
schwere Wunden geschlagen...
er hat aber auch das ganze Volk...
in seinem tiefsten Innern aufgerüttelt...
und zu lebendiger Anteilnahme...
an den öffentlichen Angelegenheiten...
des Vaterlandes angeeignet...
Nach dem Krieg warten unser...
gewaltige neue Aufgaben zum...
Wiederaufbau des Volkslebens...
insbesondere des gesamten...
Wirtschaftslebens...
Daraus ergeben sich große und...
schwere Aufgaben für die politischen...
Parteien, vor allen auch für die...
deutsche Zentrumspartei...
Mehr als je kommt es in dieser...
Entscheidungsstunde darauf an...
daß wir in geschlossener Einigkeit...
unsere christliche Weltanschauung...
betätigen...
daß wir in unseren christlichen...
Volksgenossen das umfassendste...
Verständnis wecken für die...
gemeinsamen Bedürfnisse und...
Pflichten...
Was die deutsche Zentrumspartei...
seit ihrer Gründung in den...
schweren Jahren der kirchenpolitischen...
Kämpfe und in den ersten...
Arbeiten für die staatsbürgerliche...
Freiheit, die wirtschaftliche...
Sicherung und soziale Erhebung...
unseres Volkes erreicht und...
erreicht hat, das soll in den...
kommenden schweren Jahren...
nach dem Kriege dauernd gesichert...
und auf der unüberwindlichen...
Grundlage christlicher Gerechtigkeit...
fortgeführt und weiter ausgebaut...
werden...
Der Reichsausschuß der deutschen...
Zentrumspartei richtet an alle...
denen die Zukunft unseres...
Volkes und Vaterlandes und...
unserer Partei am Herzen liegt...
die dringende Aufforderung...
im Rahmen ihres Berufes und...
in ihrem sonstigen Wirkungskreis...
mitzuwirken, damit die Partei...
auch unter den neuen...
Verhältnissen und den zu...
erwartenden Schwierigkeiten...
ihren Aufgaben gerecht werden...
kann...
Die Zentrumspartei wird bestrebt...
sein, soweit möglich einen Weg...
zu gemeinsamer Arbeit mit...
anderen Parteien zu finden...
dabei aber ihre Selbstständigkeit...
und grundsätzliche Eigenart...
gegenüber den übrigen Parteien...
nach rechts und links entschieden...
aufrecht zu erhalten...
Nicht nur nach der politischen...
sondern auch nach der...
organisatorischen Seite sind...
neue Aufgaben zu lösen...
Die eifrige Beteiligung am...
Parteileben muß überall...
nachgehalten und verstärkt...
werden...
In Orts- und Bezirksversammlungen...
wird über das gesamte...
Aufgabengebiet der Gegenwart...
und Zukunft ein reger...
Meinungsaustrausch herbeizuführen...
und eine neue gemeinsame...
Arbeitsgrundlage zu schaffen...
sein...
Parteifreunde! Gebet ibrer...
alten Grundfah „Für Wahrheit...
Recht und Freiheit“ wird...
die Zentrumspartei dabei die...
nachstehenden, vom Reichsausschuß...
in gemeinsamer Ausdrucks...
festgelegten Richtlinien einhalten...
Niemandes vor eine...
starke Geltendmachung der...
Zentrumspartei als notwendiger...
als heute...
Das hohe Ziel kann aber...
nur erreicht werden, wenn...
alle Zentrumsparteigänger...
in Stand und Land einig und...
geschlossen zusammenstehen...
Deshalb fordern wir alle...
unsere Parteifreunde auf...
für diese Grundfah zu arbeiten...
zu werden und zu kämpfen!...
Berlin, den 30. Juni 1918...
Der Reichsausschuß der...
deutschen Zentrumspartei...
Die Vorstehenden:
Gröber, Dr. Porsch, Seid.

Nichtlinien für die Parteiarbeit.

- 1. Verfassung.**
 1. Treue zum Reich und Treue zum Heimatland. Volle Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches, vor allem durch Aufrechterhaltung der Sonderrechte der Einzelstaaten, ihrer eigenen Kulturpolitik, sowie der Selbstständigkeit und des nötigen Entwicklungsraumes auf finanziellem Gebiet.
 2. Erhaltung einer starken Monarchie und einer kraftvollen Volksvertretung, die allein eine jede Ausnahmebehandlung ausschließende Gerechtigkeit und eine hochsinnig erhaltene bürgerliche Freiheit in Gesetzgebung und Verwaltung zu gewährleisten vermögen.
 3. Volkstümliche und freiheitliche Ausgestaltung der Verfassung. Schulung der breiten Volksschichten für die Aufgaben der Selbstverwaltung.
- 2. Außenpolitik.**
 4. Sicherung und Ausbau der deutschen Weltstellung in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht.
 5. Schaffung eines den deutschen Wirtschaftsbedürfnissen genügenden deutschen Kolonialgebietes. — Förderung der Christenmission der Eingeborenen. Befreiung jeder Form der Sklaverei.
 6. Erziehung des Volkes zu einem besseren Verständnis der außenpolitischen Fragen; erhöhte Anteilnahme der Volksgliederung an der Außenpolitik. — Grundsätzliche Reform des diplomatischen Dienstes.
 7. Schaffung und Durchführung eines den christlichen Grundfah entsprechenden Völkerrechts. — Volkstümliche, durch völkerechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des Völkervertrages. — Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. — Freiheit der Meere, insbesondere durch Abschaffung des Seebeuterechts und durch Gewährleistung ungehinderten Verkehrs der neutralen Handelsschiffe zwischen neutralen Staaten. — Internationale Regelung des Arbeiterstrajkes und der Arbeiterversicherung.
- 3. Innenpolitik.**
 - a) Religiös-sittliche Forderungen:
 8. Erhaltung und Kräftigung der christlichen Kultur- und Erziehungsziele im deutschen Volksleben.
 9. Förderung und Festigung des guten Einverständnisses zwischen Staat und Kirche, Kampf gegen Verdrängung auf Trennung der beiden Gewalten. — Freiheit der Kirche, kirchlicher Genossenschaften und Vereine, insbesondere auch der katholischen Orden und Kongregationen.
 10. Gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen sowie der Anhalten der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten, insbesondere bei der Beschäftigung öffentlicher Beamter und bei der Zuzugung öffentlicher Mittel.

Lehrmädchen...
Wegen Auflösung...

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Befehl Trojks zu den Vorgängen am Murman.
Moskau, 5. Juli. (W.L.W.) Die Presse veröffentlicht folgenden Befehl Trojks: Im Murman ist fremdes Militär gelandet trotz des ausdrücklichen Protestes des Kommandanten der ausländischen Angelegenheiten. Der Sowjet der Volkskommissare schreibt mir vor, dorthin die nötigen Streitkräfte zu senden, um die Küste des Weißen Meeres vor der Besitzergreifung durch ausländische Imperialisten zu schützen. Daher befehle ich folgendes: 1. Wer dem auswärtigen Militär Hilfe leistet, ob direkt oder indirekt, ist als Landesverräter zu betrachten und nach Kriegsgesetz hinzurichten. 2. Der Transport von Kriegsgeschützen nach Archangel, ob in bewaffneter oder unbewaffneter Abteilungen oder einzelner Leute ist unbedingt verboten. Jeder, der hiergegen verstößt, wird nach dem Kriegsgesetz gerichtet. 3. Zur Fahrt an die Eismeerküste bedürftigen russische und ausländische Bürger unbedingt der Erlaubnis des nächsten Kriegskommissariates. Passagiere, die ohne eine derartige Erlaubnis an die genannte Küste reisen, sind zu verhaften.

Berlin, 6. Juli. Zu dem Konflikt an der Murmanküste meint die Tagesliche Rundschau: Wir müssen dem Vorgehen an der Küste des Eismeeres besondere Aufmerksamkeit schenken, denn sie hat den Zweck, für die Gegenwart den Ostfrieden zu bedrohen und für die Zukunft seine Ergebnisse unsicher zu machen und ein zweites Calais oder ein zweites Saloniki für England zu schaffen.

Der Kriegszustand über Archangel.
Moskau, 5. Juli. (W.L.W.) Der Rat der Volkskommissare hat folgende Bekanntmachung erlassen: Der Vorkriegsdeutsche Murman-Sowjet, Turjew, der zu den englisch-französischen Imperialisten übergegangen ist, und an den feindlichen Handlungen gegen die Sowjetrepublik teilgenommen hat, wird als Feind angesehen und als außerhalb des Gesetzes stehend betrachtet. — Wie die Presse meldet, ist über Archangel der Kriegszustand verhängt worden.

Bekämpfung der Gegenrevolution.
Moskau, 5. Juli. (W.L.W.) Die heutige Presse meldet: Das Militärkommissariat hat die sofortige Formierung von Batterien zum Kampf gegen die tschecho-slowakische Bewegung. Die Westfront ist von Gegenrevolutionären gefährdet. Aus dem Abschnitt Slatoust haben sich die Gegenrevolutionäre nach Ufa zurückgezogen. Die Kaphthauternehmen in Jaroslavl, Nisinsk, Kinescha und Wologa befinden sich im Aufstand. Die Naphthaverorgung des Nordens und die Schifffahrt auf der oberen Wolga ist eingestellt.

Angefundigter Eisenbahnerstreik.
Moskau, 6. Juli. (W.L.W.) Nach Meldungen der Presse hat gestern eine Sitzung der Konferenz der Fabrikarbeiter zusammen mit dem Moskauer Rat, sowie Vertretern der öffentlichen Eisenbahntomees und der Bezirksräte über den angekündigten Eisenbahnerstreik stattgefunden. Die Versammlung hat die Resolution Smdowitsch angenommen, wonach die gesamte Industrie gemäß Dekret vom 28. Juni unter der Leitung des Obersten Wirtschaftsrates an die Arbeiterklasse übergeht, ein Streik somit als Verrat zu betrachten sei.

Rückführung von durch Russen verschleppten industriellen Anlagen.
Kowno, 5. Juli. (W.L.W.) Vertreter der Nigaer Stadtverordnetenversammlung hatten sich, wie die Baltische, litauische Mitteilungen berichten, an den Oberbefehlshaber Ost mit der Bitte gewandt, die bei der Lindenburg-Offensive im Jahre 1915 von den Russen aus Niga fortgeschleppten Maschinen und industriellen Anlagen, deren Werte nach vielen Millionen zählen, unter den Schutz des deutschen Reiches zu stellen und ihre Rückführung zu ermöglichen. Nach einem Bescheid, den die litauische Stadtverordnetenversammlung jetzt von Oberbefehlshaber Ost erhalten hat, hat das Auswärtige Amt nunmehr den Rechtsanwalt Magnus dem deutschen Geschäftsträger in Moskau mit dem Auftrage beigegeben,

die Rückführung der verschleppten Werte zu betreiben.

Der rumänische Friedensvertrag.
Bukarest, 5. Juli. (W.L.W.) Nachdem die Kammer am 28. Juni dem Friedensvertrag zugestimmt hatte, hat gestern auch der Senat und zwar einstimmig, den Friedensvertrag angenommen.

Deutscher Reichstag.
Berlin, 5. Juli 1918.

Am Bundesratsische: v. Bayer, v. Stein, v. Capelle, Dr. Solz, Graf Noebern, Rüdlin.
Präsident Frehenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Schwachsch (nall.), ob nicht auf die Weibung der militärischen Einreiseerlaubnis im Verkehr zwischen Ostpreußen und den russischen Grenzländern, insbesondere Kurland und Litauen, verzichtet werden könne, erwidert

General von Weisberg, daß das aus militärischen Gründen nicht möglich sei.
Eine Anfrage des Abg. Marquart (nall.) betr. Unterstützung der stellenlosen Angehörigen der stillgelegten Betriebe der Labafabrikation aus Reichsmitteln, beantwortet

Gesichtswart Wermeling: Die zur Unterstützung von Arbeitern der Labafabrikation auszuverwendenden Reichsmittel werden auch für die Angestellten verwendet, aber selbst wenn das Zigarrenherstellungsgewerbe noch weitere Einschränkungen erfahren sollte, so ist damit zu rechnen, daß die Angestellten auch in anderen Betrieben lohnende Beschäftigung finden. Keinerseits wird die Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden eintreten können.

Müller-Reinigen (F. Wp.) fragt, ob der Reichstanzler dafür Sorge tragen wolle, daß durch Entlassung aller garnisondienstfähigen und arbeitsverwendungsunfähiger Lehrer, sowie der älteren Lehrlinge der Kriegsverwendungsunfähigen Lehrer den Gefahren der Verminderung der Jugend entgegengetreten werden wird.
Oberst von Braun: Eine zeitlose Freigabe der Lehrer vom Heeresdienst widerspricht dem Grundgedanken der allgemeinen Wehrpflicht. Der Verzicht der Jugend infolge Mangels an Lehrkräften hat das Kriegsministerium seit langem seine Aufmerksamkeit zugewandt. Es hat den Bedürfnissen der Schulpflege möglichst Rechnung getragen. Andererseits darf den Heilstellen nicht die Möglichkeit, dienstunfähige Leute bei der Truppe zu behalten, genommen werden. Garnisondienstfähige und arbeitsverwendungsunfähige Leute werden entlassen, wenn nicht besondere militärische Gründe dagegen sprechen. Von einem Austausch für Kriegsverwendungsunfähige Leute aus der Heimat ist Wandel genommen.

Auf eine Anfrage des Abg. Stücken (Soz.) betr. das Verbot des Worts in den Reichstagen, das Sittner Volksdienst in sämtlichen Angelegenheiten im Bereich des 2. Armeekorps antwortet

General von Weisberg: Das Recht des Verbotes des Stellvert. Generalkommandos kann nicht bestritten werden. Das Kriegsministerium wird an dieses mit dem Ersuchen um Nachprüfung seines Standpunktes herantreten.

Müller-Reinigen (F. Wp.) fragt, was der Reichstanzler zu tun gedenke, um die deutschen Ingenieure, Chemiker und Techniker im Heere in einer ihrer Bildung entsprechenden Stellung zu verwenden.

General von Weisberg: Soweit es die Bedürfnisse des Heeres erfordern, werden Ingenieure mit Hochschulbildung ihrer Bildung entsprechend verwendet. Eine Vermehrung solcher Stellen lediglich im Interesse der erwählten Leute ohne Stellenbedürfnis kann nicht vorgenommen werden.

Auf eine ergänzende Anfrage des Abg. Müller-Reinigen (F. Wp.), ob bekannt sei, daß hervorragende Ingenieure mit gemeinen Arbeiten in die demütigendste Weise beschäftigt werden, sagt

General von Weisberg: Abhilfe zu, wenn solche Fälle bekannt werden.

Ermborn (Str.) fragt nach der Stellungnahme des Reichstanzlers zu der in der feindlichen Presse gegen die Oberste Heeresleitung eroberten Beschuldigung, daß diese am Fronleichnamstag Paris besichtigen ließ.

General von Weisberg: Paris ist auf Befehl der Obersten Heeresleitung am Tage der französischen Feier des Fronleichnamstages, Sonntag, den 2. Juni, nicht besichtigt worden. Die französische Feier des Fronleichnamstages ist nicht am eigentlichen Feiertage, sondern an dem darauffolgenden Sonntag. Auf diese Tatsache hat Kardinalerzbischof Darmanin die Oberste Heeresleitung rechtzeitig aufmerksam gemacht.

Es folgt der mündliche Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die beantragte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Bonin wegen Steuerhinterziehung. Die Kommission beantragt die Genehmigung zu verweigern.

Bonin bittet um die Genehmigung zu seiner Strafverfolgung, damit er seine Inschuld nachweisen könne. Andernfalls wäre er, um die Sache zur Entscheidung zu bringen, genötigt, sein Mandat niederzulegen.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft, so daß Sammelstimme stattfinden muß.

118 Stimmen werden für, 121 gegen die Genehmigung abgegeben, so daß die Genehmigung zur Strafverfolgung damit versagt wird.

Darauf wird die dritte Lesung des Etats fortgesetzt. Zunächst wird über den Antrag Krenbi (D. Frkt.) abgestimmt, nachdem die Beschlußnahme der Kürzungen zunächst in den öffentlichen Gebäuden vorgenommen und die Entschädigung so gestellt werden soll, daß die späteren Kosten die freie Wiederherstellung des jetzigen Zustandes ermöglichen.

Auch bei dieser Abstimmung muß Sammelstimme erfolgen, der mit 154 gegen 85 Stimmen die Annahme des Antrages ergeht.

Sodann wird der Etat des Reichsheeres beraten in Verbindung mit der zweiten Lesung der Gesetzentwürfe zur Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst und betr. Milderung im Militärstrafgesetzbuch.

Präsident Frehenbach ermahnt die Redner zur Kürze, weil die Staatsberatung heute zu Ende geführt werden soll. Die Redner mögen dafür sorgen, daß dieses vor Witternacht möglich sei.

Dr. Wirth (Zr.): Die jetzt eingebrachten jüngsten Jahrgänge müssen genügend Schlafzeit und auch mittags Erholungsstunden haben. Auch dürfen ihnen die Zivilkleider nicht beschlagnahmt werden.

Schäfers (Soz.): Wir haben gegen das neue Arbeitsdienstgesetz schwere Bedenken. Es sollen mit Justizhaus Verträge zum Arbeitsdienst herangezogen werden. Dieses Gesetz wird ein reines Polizeitgesetz. Wir lehnen es ab. Unsere Forderungen laßt das Kriegsministerium unberücksichtigt. An Stelle des Buchenlaubtabaks sollte den Soldaten das Geld gegeben werden, das jetzt den Defektanten zufließt. Die Beförderung zu Heeresunfähigen ist eine fragwürdige Auszeichnung. Mildernde Maßnahmen mit Gefangenentilgung sollten nicht denkbar sein. Der Verzicht mit den Abgeordneten ist jetzt bei Soldaten tatsächlich verboten. Zum Aufklärungsamt, der im Sinne der Vaterlandspartei erfolgt, sollten einmal Sozialdemokraten herangezogen werden. Im Sinne der Soldaten wäre das fider gelegen. Jeder Soldat sollte mit Vereidung des 48. Lebensjahres automatisch zur Entlassung kommen.

Müller-Reinigen (F. Wp.): Bei einer weiteren Verringerung des Militärstrafgesetzbuches muß auch das Militärstrafverfahren im Felde reformiert werden. Die im Felde Beurteilten müssen das Recht der Berufung und Revision erhalten. Die Militärverwaltung muß auf die Wünsche und Forderungen des Reichstages eingehen. Ihr Schweigen ist eine Verleumdung der Soldaten draußen im Felde. (Sehr richtig!) Die Feldgrauen danken für seine Worte, sie wollen Laten seitens der Militärverwaltung sehen. Klar muß ausgesprochen werden, ob die Feldgrauen sich mit Abgeordneten in Verbindung setzen dürfen. Das ganze Heereswesen muß demokratisiert werden.

Geb (Nat.): Für die im Felde Ausgeschiedenen muß unbedingt ein Kampfgeschloß für das Eisene Kreuz verliehen werden. Bei der Einstellung von landsturmpflichtigen Kerzen muß Rücksicht auf die Zivillieferung genommen werden. Man darf nicht zu viel Kerze einziehen. Ueber die Beförderungsverhältnisse der verschiedenen Kategorien im Heereswesen wird immer noch geklagt. Die Beurlaubungen zur Ernte müssen rechtzeitig und in möglichst großer Umfang erfolgen.

v. Orff (F.): Wir begrüßen die Heranziehung der mit Justizhaus Verträgen zum Heeresarbeitsdienst und stimmen der Resolution zu, daß diejenigen, deren Strafen 10 Jahre Justizhaus ist, freilassen sollen, und diejenigen, die zu höchstens 6 Monaten verurteilt worden sind und sich längerer Zeit ein geregelt und ehrliches Leben geführt haben, nach Befund sofort oder nach angemessener Bewährungsfrist zum Dienst im Heere oder in der Marine einzustellen soll. Zum Heeresdienst sollen nur die wirklich Unberücksichtigten herangezogen werden.

Rehrens (D. Frkt.): Die Feldfreigabe sind vielfach nicht würdig genug angelegt worden. Wegen des Antrages Gebler soll die Wörte in den Militärstrafgesetzbuch sein. Wie steht es da mit der Militärisierung der Bäche oder mit der militärischen Einschüpfung der so leichtfertig Streifen?

Reichsminister von Stein: Die aus Russland zurückgeführten Kriegsgefangenen sind natürlich wieder an der Front zu verwenden. Mit Russland haben wir Frieden und keine weiteren Verpflichtungen. Anders liegt es England und Frankreich gegenüber bei den Austauschgefangenen. Es ist leichter, Fragen, Wünsche und Forderungen vorzubringen, als diesen gerecht zu werden. Anfragen sollten nur dann gemacht werden, wenn man sie auch einlösen kann. Gutmütigkeit und Nachgiebigkeit ist nicht gut. Das haben wir bei der Zusage hinsichtlich der Entlassung der ältesten Jahrgänge gesehen. Die Verhältnisse an der Wörte ferne ich nicht. Ueber die Abgehensfrage wird selbst unter den Beteiligten niemals

Chronik des dritten Kriegsjahres.

6. Juli. Französische Luftstreife östlich Gennev, bei La Nivelle, Nilles, am Cornillet-Berg, an der Höhe 304 und am „Toten Mann“ zurückgeschlagen. Feindliche Bombenflüge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Fliegerangriffe auf London und Margate. Russische Angriffe bei Stanislaw und Guta gescheitert.

eine Einigung erzielt werden. Ueber die Heeresorganisation der Zukunft lasse ich mich nicht aus. Ich habe jetzt für die Gegenwart Wichtigeres zu tun. (Beifall.)

Korfanty (Pol.): Seit dem Verarbeitertreik in Oberschlesien ist nicht nur sofortige Militärisierung der betreffenden Betriebe erfolgt, die Arbeiter wurden sogar durch Hunger zur Arbeit getrieben. Sie wurden ausgehungert und ausgeplündert. (Präsident Frehenbach bittet den Redner, sich zu mäßigen. Redner ruft: Sachlicher Eingriff in die Debatte! Präsident Frehenbach ruft den Abg. Lebour zur Ordnung und wegen eines abermaligen Ungehorsams zum zweitenmal.) In Polen ist alles vernichtet. Die Maschinen sind ruiniert. Der Viehstand ist vernichtet. Wir enthalten uns der Abstimmung über den Etat.

General von Scheuch: Ich habe jetzt Unterredungen mit Vertretern der oberstehehenden Verarbeiterschaft. Dabei wird mehr herauskommen, als wenn ich dem Redner eingehend antworte. (Sehr gut!) Am leidet nur der deutsche Standpunkt.

Burmann (L. Soz.): Was soll mit den Kriegsverwendungsunfähigen Soldaten geschehen, die anlässlich des Streiks eingezogen sind?

Erzberger (Zr.): Ist die Zentralpreisprüfungsstelle schon errichtet? Und ist die Heeres- und Marineverwaltung für schon beizutreten? Der Wirtschaftsrat in Weimar muß schleunigst wieder beauftragt werden.

General von Scheuch: Die Preisprüfungsstelle arbeitet schon. Hoffentlich erfüllt sie die Erwartungen, die an sie geknüpft werden.

David (Soz.): Man sollte den mit Justizhaus Verträgen Beurlaubten Gelegenheit geben, sich zu bewähren. Sie haben genug gelitten. Viele Soldaten zweiter Klasse haben auch den Heidenost erlitten.

Naas (F. Wp.): In England werden deutsche Kriegsgefangene abscheulich behandelt. Hoffentlich fördert die englische Regierung energisch gegen die schuldigen Offiziere ein, sonst muß von unerer Heeresleitung das Erforderliche geschehen. In meiner früheren Rede wollte ich die Kriegsberichterstatter nicht in ihrer Gesamtheit kritisieren. Die Kriegsberichterstatter haben zweifellos viel Gutes geleistet. Andererseits bringen sie doch anschaubare Schilderungen und geschmacklose Hebertreibungen.

Oberst von Franzen: Auf England wird der nötige Druck ausgeübt. Genügt unser Protest gegen die Behandlung der Kriegsgefangenen in den feindlichen Lagerstätten nicht, so wird mit aller Strenge vorgegangen werden.

Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums erklärt, Aufgabe des Kriegsberichterstatters sei es, durch lebhaft Schilderungen eigener Erlebnisse die amtliche Kriegsberichterstattung zu ergänzen. Die Truppe draußen verlangt es.

General Freiherr von Langemann: Bei der Neuordnung des Offizierspensionswesens werden die wiederberufenen altpensionierten Offiziere nicht vergessen werden.

v. Trameznitz (Pol.): Das Kriegsamt beschäftigt den polnischen Arbeiter gegenüber die Lohnrückstände. General von Scheuch: Wenn gegen die Auswahl der Vertrauensmänner für die Preisprüfungskommission Einspruch erhoben wird, seitens des Kriegsammtes, so ist das durchaus berechtigt. Die Auswahl muß sorgfältig getroffen werden.

Unser heutige Stadtauftrag ist ein Flugblatt beigelegt. Auf dem neuen Ostfronttag am 9. Juli 1918 der Großherzoggeburtstagsfeier.

Berthel (L. Soz.) beantragt gegen 9 Uhr Vertagung. Der Antrag findet nicht genügende Unterstützung.

Dr. Ehn-Nordhausen (L. Soz.): Die Ernennung der Kriegsgefangenen genügt nicht angesichts der schweren und langen Arbeit, die von ihnen verlangt wird. Wegen einer späteren Keuzierung wird der Redner zur Ordnung gerufen.

Nach weiterer Beratung wird der Heeresetat bewilligt.

Die beiden Gesetzentwürfe werden in zweiter und sofort in dritter Lesung angenommen.

Vom Marineetat erklärt Staatssekretär von Capelle: Der Plan, ein besonderes Defensivkorps zu bilden, wird erzoogen. Der U-Boot-Krieg geht weiter und wird politischen Erfolg haben. (Beifall.) Unnach ist die englische Verluste, daß mehr U-Boote verloren gehen als gebaut werden.

Eine Reihe weiterer Entsch. werden ohne Aussprache oder ohne wesentliche Aussprache bewilligt. Bis auf den Etat der Reichsschulden und den der all-

Die feindlichen Brüder.

Erzählung aus vergangener Zeit von Hermann Hirschfeld.

„Sagt du noch einen Wunsch, Georg?“ fuhr Frau Sibylla, ohne den Ton zu ändern, fort, „so nenne ihn, wir tragen dir keinen Groll nach, nur mit jenem habert man in unsren Kreisen, die uns gleich an Wang, sie allein können kränken. Ich habe auf dich gezählt, noch einmal an Menschengut und Dankbarkeit geglaubt, nachdem mich getäuscht, wußte ich sie in eines Niedren Seele — ich habe mich geirrt, und diesen Irrtum schwer gebüßt. Du kannst stolz sein, Knabe, was einem nur bisher gelang, dem Herzog Albrecht, als er den Bund des Einhorn brach — durch dich geschah's in letzter Nacht zum zweitenmal. Demütigung ward Sibylla von Albrecht bereitet, um deinetwillen, der niederen Knaben halber. Jenem gedanke ich's, er hat's gespürt, er wird es ferner empfinden, dir trag' ich's nicht nach, fordere, hast du ein Vergehren? nenne es, dann geh!“

„Ja, Frau Sibylla,“ erwiderte Georg mit feiter Stimme, „ein Vergehren habe ich, an Euch allein. Aus dem, was Ihr zu mir geredet, klagt aus jedem Wort verletzter Stolz mehr als erlittene Schmach entgegen. Was ich aber von Euch als Mitgabe erwarten möchte, ist etwas, das Ihr recht wohl geben könnt, weil es Euch zu eigen ist, es ist „Gerechtigkeit“. — Niederen Standes nennt mich getrost, nie habe ich in falscher Ehrfurcht verlegt, was ich war und bin, doch niederen Denkart mich zeihen, das könnt, das dürft Ihr nicht, um Eurerwillen nicht, Frau Sibylla, es war ja im Wider-

spruch mit Euren eignen Wünschen. Wen Ihr mißachtet, der dürft nimmer Eure Schwelle überschreiten, nimmer mehr Euer Wort vernehmen, deshalb gönnt mir eines Wunsches Erfüllung,“ endete er stehend, „daß nicht den Scheidenden die Last beschwert, an Euch zweifeln zu müssen, der so Hochverehrten — jährt mir, verbannt nicht — doch mißachtet mich nimmer und gestattet mir, an Euch zu denken in Lieb' und Kreuz, Euch zu umfassen in meiner Bitte für alles, das mir lieb und heilig, um edles Ziel zu kämpfen und zu ringen, um Euch, durch Euch.“

Nachig hatte ihn Frau Sibylla ausreden lassen, ohne das geknickte, von ihm abgewandte Haupt zu erheben, jetzt richtete sie es gegen ihn, ein Bittern durchstieß Georgs Glieder, eine Träne berke auf der bageren Wange der gestrenge Frau, eine Träne — und ihm hatte sie geantwortet.

„Georg,“ sagte sie leise, „hiesien“ und empor zum Kindesbilde wies ihre Hand, „hiesien sollst du mir ersehen, und du verlässt mich!“

Zu den Füßen der Greisin sank der Jüngling. „Und hättest Ihr jenem gegnirt,“ rief er in überquellendem Gefühl, „wenn er gesprochen und gehandelt wie mich, nicht nach dem Wute, dem Geiste nach, der Lieb' und Kreuz für Euch — so gönnt mir das letzte Wort — und Gott mög es zum Guten lenken!“

„Wie ich ihn entlassen hätte?“ Knabe,“ unterbrach sie sich mit fast drohender Bewegung, „wer gestattete dir mit fast drohender Hand in meines Her-

zens Tiefe zu greifen, und dir sein innerstes Gefühl zu offenbaren? Hätt' er vor mir gekniet, wie du vor mir in diesem Augenblick, wie auf dein Haupt ich meine Rechte lege, so hätte auf dem seinen meine Hand geruht, und gesprochen hätte ich: „Segen über dir, des Hauses trostlich, würdiger Spröß, zieh' hin in Frieden, meine Liebe zieht mit dir!“

Biergehter Abschnitt.

Im Hause des reichen Bergmanns.

Waffenlang durchholte Bayerns Grenzen von einem Ende zum andern. Vergeblich hatte der milde Fürst Philipp von der Rheinpfalz im Bereich mit Herzog Georg zu Bayern-Landsknecht, dem letzten des Mannesnamens seiner Linie, mit dessen Ableben auch dieser Teil des Bayernlandes unter Albrechts Hoheit kam, versucht, Frieden zwischen dem erlirnten Herzog Albrecht und der abtrünnigen Ritterchaft herzustellen. So trotzig, auf den kaiserlichen Schirm bauend, war der Adel aufgetreten, so unerfüllbare Bedingungen hatte er seinem Fürsten gestellt, daß dieser bei aller Gerechtigkeit zu einem Entgegenkommen, welches seiner Würde keinen Eintrag tun durfte, eifrig rüstete und zugleich sich um den Beistand jener Fürsten bemühte. Diese sagten auch dem Herrscher Bayerns bewaffnete Hilfe zu, falls die Wölder auswärtige Verbindungen zu offenem Widerstand schloßen. Und zu seinem berechnen Herzog hielt sein Wolf in Kreuze, in Bayern selber fand Herzog Albrecht seine sicherste Wehr und Kraft. Mäanden allein stellten hundert Fußknechte auf Stablosien.

Die Wölder begannen die Fehde; ihre raub- und mordgerigen Scharen überfielen beherzter bald

hier, bald dort Ortschaften, die zu Herzog Albrecht hielten; mehr als Räuber, denn als Verteidiger der ihm geliebten Unbill, sah nun auch Bayerns Herzog aus der Scheide das Schwert.

Bereit, aber entscheidend waren die Schläge, die er führte. Mit flirrender Hand gewann er eine Burg nach der andern; die feindlichen Ketten der Säupter des wider ihn gerichteten Bundes, freilich nicht ohne blutige Opfer. Erzwungen mußte jeden Schritt werden, von Trost und Verzweiflung gehemmt, oft erst nach langem Ringen heiß erkämpft.

Zu jenem reichgelegneten Tale der Gasteiner Berge aber, wöhin der treue Rodewald den Pflegefling gefendet, drang kein Waffenlang. Das Eisen und der Stahl, das hier zum Vorklein kam, war friedlicherem Zweck geweiht; der Natur galt es die hervorgehen Schätze abzugewinnen, die in ihren Schöpfung schlummerten; das wertvolle Erz, Kupfer und Blei hatte schon der Vorfahren reger Fleiß an das Tageslicht zu fördern verstanden; dem unspendbaren Bergmann, dem Christoph Weimoler, hatte das Glück beschert, in dem Gölzein des Nathausberges Gold zu entdecken und ihm und mit ihm das gefante Tal mit den Ergebnissen dieses Segens überschüttet, in gutem wie in schlimmem Sinne.

(Fortsetzung folgt.)

Mit jedem Tage kann auch der Postbezug des Bad. Beobachters

begonnen werden. Preis bei allen Postämtern für das Vierteljahr: 4.70 Mk., monatlich 1.57 Mk. ohne Bestellgeld.

eineren Finanzverwaltung genehmigt. Nächste Sitzung: Sonntag, den 10. Juli, ab 10 Uhr.

Berlin, 5. Juli. (W.L.W.) Die Reichsregierung hat beschlossen, daß die am 1. Juli 1918 beginnende Vertheilung des Reichs-Einkommensteuergesetzes...

aus Baden. ... Verordnungen, Amt...

Dritten Kriegesjahres.

Die Auslieferung des Mann... in Cornillet-Berg, an der Höhe...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

emeinen Finanzverwaltung wird der Etat in beider...

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Regierungen, die mit einer brüderlichen Macht...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Chronik.

aus Baden.

Verlagung. Berlin, 5. Juli. (W.Z.) Der Reichsausschuss...

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 8. Juli bis 14. Juli 1918.

- 1. Graupen 1/2 Pfund zum Preis von 8 Pfg. gegen die Marke D Nr. 89.
2. Kochfertige Suppen XI. (eigene Herstellung) 1/2 Pfund zum Preis von 32 Pfg. gegen die Marke B Nr. 89.
3. Kaffee-Grak 1/2 Pfund. Preis für 1 Paket Mk. 1.40 gegen die Marke F Nr. 89.
4. Weizengriech 1/2 Pfund zum Preis von 7 Pfg. gegen die Sondermarke A Nr. 89.
5. Anisbrot 1/2 Pfund gegen die Sondermarke B Nr. 89. Preis für ein Pfund 10 Pf. und für ein Pfund in Paketen 75 Pf.
6. Graupenmehl 150 gr in den Maßereien gegen die kleinen Brotmarken über 300 gr, soweit diese nicht eingekauft sind.
7. Eier 1 Inlandei zum Preis von 28 Pfg. gegen die Eiermarke A Nr. 89 ab Donnerstag. Sammelmarken werden mit 3 Eiern für 5 Personen eingekauft.
8. Fett 125 Gramm gegen die Fettmarken A u. B Nr. 89 und zwar in den Fettverpackungen: Nr. 201-236a Dienstag bis Donnerstag Nr. 237-265 Donnerstag bis Samstag Nr. 266-291 Samstag bis Dienstag, den 16. Juli.
9. Dörrgemüse (Gelbrüben) 1/2 Pfund zu Mk. 1.-, marlenfrei.
10. Sauerkraut In den Abt. Verkaufsstellen markenfrei zu 25 Pfg. für das Pfund.
11. Aindernährmittel 1 Paket von 250 Gramm zu 90 Pfg. gegen die Zusatzmarke für Aindernährmittel Nr. 89.
12. Fleisch 225 Gramm (175 gr Fleisch und 50 gr Wurst).
13. Kartoffeln 7 Pfund gegen die Kartoffelmarke B Nr. 89 mit Anhang. Für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelzusatzmarke A und B Nr. 89.
14. Obstwein auf Bestellung.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Das Fleisch wird schon ab Samstag abgegeben. Die Metzgereien haben die Maßer...

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 9. Juli 1918.

Kurland-Ausstellung

des Deutschen Ausland-Museums und Instituts Stuttgart.

Karlsruhe Hans-Thoma-Strasse

Eröffnung Heute

Besuchzeit täglich von 10-7 Uhr vom 6.-22. Juli. Eintrittspreis: 50 Pf., Kinder, Soldaten 20 Pf. Telefon 1000.

Heute Samstag 8 Uhr im gr. Saal d. Rathhauses

Vortrag: Das baltische Deutschtum

von Freiherrn von Engelhardt-Münch. Eintritt frei.

Am 12. Juli, Freitag, abends 8 Uhr, Vortrag

der Paloren Wälder und Gläser vom Altussischen Verein deutscher Kolonisten über: Not und Hoffnung der Deutschen in Russland

Eintritt frei. Dem Ehrenauschuss für die Ausstellung gehören an: Seine Großh. Hoheit Prinz Max v. Baden, Ehrenpräsident, ferner die Herren: Dr. von Babo, Wirtl. Geh. Rat, Czellenz, Vorstand des Großh. Geh. Kabinetts, Dr. Hoffmann, Generalintendant des Großh. Hoftheaters, Bloß, Großh. Hofsekretär und Stadtrat, Dr. von Böhm, Staatsminister und Minister des Innern, Czellenz, Dr. Büchlin, Wirtl. Geh. Rat, Erg., 1. Vizepräsident der ersten Kammer der Landstände, Dieß, Kaiserlicher Vizepräsident, Vorstand der Reichsbankstelle, Dieß, Professor, Direktor d. Akademie d. bildenden Künste, Dr. Döderlein, Direktor der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, Dier, Stadtschulrat, Frey, Kammerstenograph, Obmann des geschäftsführenden Vorstandes der Stadtverordneten, Dr. Grosse, Geh. Oberregierungsrat, Vorstand d. Bad. Landesverbandes des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Dr. Hausarth, Professor, Rektor der Technischen Hochschule Friedriciana, Herzog, Chefsekretär, Vorsitzender des Vereins Karlsruhe, Jober, General der Inf., Czellenz, stellvertret. kommandierender General d. XIV. A. A., Jemann, Malermeister, Vorsitzender der Handwerkskammer Karlsruhe, Dr. Kelle, Geh. Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden, Kersch, Stadtrat, Vorsitzender d. Verkehrsvereins Karlsruhe, Maerz, Rechtsanwält, Abgeordneter der Stadt Karlsruhe, Rehmann, Geh. Hofrat, Direktor d. Goetheschule, Abgeordneter der Stadt Karlsruhe, Siegfriß, Oberbürgermeister, Dr. Strauß, Kommerzienrat, Bankier, Dr. Uebel, Wirtl. Geh. Rat, Czellenz, Präsident des Evangel. Oberkirchenrats, Ullrich, Architekt, Vorsitzender des Vereins bildender Künstler, Volk, Professor, Vorsitzender des Künstlerverbandes badischer Bildhauer, Dr. Wagner, Wirtl. Geh. Rat, Czellenz, Direktor der Großh. Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde, Dr.-Ing. Wolff, Geh. Kommerzienrat. 2515

Botschaft des japanischen Volkes an die Vereinigten Staaten.

New York, 5. Juli. (W.Z.) Reuters. Der japanische Botschafter Nishi hielt in Baltimore im State Massachusets eine Rede, in der er versprach, daß Japan seinen vollen Anteil an dem Krieg in der Weise tragen werde, die seiner Ansicht nach am wirksamsten sei und am meisten zum Erlöschen beitragen könnte.

Kriegsreden zum amerikanischen Unabhängigkeitstest.

London, 4. Juli. (W.Z.) Reuters. Churchill fuhr fort (siehe 1. Seite): Über das deutsche Volk muß wirren, daß wir für uns selbst kein grundlegendes natürliches Recht beanspruchen, daß wir nicht berechtigt wären, ihm zuzuschreiben. Alle in der Unabhängigkeitserklärung enthaltenen Rechte werden beschützt. Wir wollen heute Amerika unsere treue Kameradschaft ansprechen. Kein Kompromiß ist unser Hauptziel, kein Friede ohne Sieg, keine Vereinbarungen, wenn das Unrecht nicht beseitigt wird.

Militärbehörde und Briefe.

Hamburg, 5. Juli. (W.Z.) In den Böhrenräumen wurden von der Handelskammer folgende Kundmachung des stellvertretenden Kommandierenden Generals von Falk den Böhrenbesuchern zur Kenntnis gebracht: Da aus Mitteilungen und aus der Presse hervorgeht, daß die Mitglieder der Hamburger Wertpapierbörse beschloffen haben, den Börsenverkehr einzustellen, so entfällt die Voraussetzung für die Zurückstellung der Firmenvertreter und angelegten Mitglieder der Wertpapierbörse.

Der Wilson-Friede.

New York, 4. Juli. (W.Z.) Reuters. Präsident Wilson sagte in seiner Rede am Grabe Washingtons in Mount Vernon am Donnerstag nachmittag: Das Grab Washingtons ist keine Stätte des Todes, sondern eine Stätte der Tat. Es ist sehr furchtbar für Washington und seine Helfer, daß sie nicht für eine Klasse sprachen, sondern für ein Volk. Ihr Ziel war, die Menschen aller Klassen zu befreien, und Amerika zu einem Zufluchtsort aller zu machen, wenn sie den Wunsch hatten, die Rechte und Privilegien freier Männer zu teilen.

Verdingungszeit u. Trauerhaus erwachsener Verstorbenen.

Samstag, 6. Juli. 12 Uhr: Amalie Konken, Kaufmanns-Gesetzan von Herrensab, Städt. Krankenhaus, Feuerbestattung. - 1 Uhr: Otto Madde, Soldat, Neues Vintgensthaus. - 1 1/2 Uhr: Elisabeth Andorf, Polz, Serg.-Lehrer, Georg-Friedrichstraße 15. - 2 Uhr: Gustav Nothe, Soldat, Welfen-Lagerstr. IV. - 2 1/2 Uhr: Desire Wrennig, franz. Zivilgefangener, Reserve-Lagerstr. I. - 3 Uhr: Bernhard Kupper, Soldat, Neue Gewerbeschule. - 3 1/2 Uhr: Karl Freiberger, Soldat, Neue Gewerbeschule. - 4 Uhr: Alfred Kehler, Wägenmacher, Scheffelstraße 43. - 4 1/2 Uhr: Katharina Langenslein, Städt. Schmelzerei-Gesetzan, Welfenstraße 99. - 5 Uhr: Rina Schleich, Dieners-Gesetzan, Viktorstraße 18. - 5 1/2 Uhr: Josef Wagner, Rangschloßbau, Karl-Friedrichstraße 22. - 6 Uhr: Gustav Müller, Hilfsarbeiter, Hauptstraße 20. - 7 Uhr: Heinrich Schäber, Rangschloßbau, 4. Gannover, Friedrich-Wilhelm-Str.

Bad. Treuhand-Gesellschaft m. b. H.

Feenruf 1526 Karlsruhe (Erbsprinzenstr. 3)

Bilanzaufstellung - Bilanzprüfung Buchführung - Steuerberatung Einziehung von Forderungen Strenge Verschwiegenheit

Jucker zur Hanstrunkbereitung.

Die Badische Juckerherstellung hat uns eine geringe Menge Jucker zur Vertretung von Beerenwein angeboten, den wir den biesigen Gartenbesitzer, die aus selbstgezeugenen Beeren einen Hauswein herstellen wollen, abgeben.

Umgebungen von Gartenbesitzern auf diesen Jucker müssen umgehend bis spätestens Mittwoch, den 10. Juli 1918, auf vorgezeichnetem Formular bei uns eingereicht werden. Das Formular ist beim Wirtler des Rathhauses und in der Kartenstelle (Festhalle, Schalter 1) zu haben.

Der Preis für den Jucker wird sich voraussichtlich auf 1.25 Mk. für das Pfund stellen. Der Jucker darf nur zur Bereitung von Beerenwein verwendet werden.

Karlsruhe, den 6. Juli 1918. 2562 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Lüchtige Anhilfsstellnerinnen und Spülfrauen

für jeden Sonn- und Feiertag gesucht. Sonntags geöffnet von 10-12 Uhr. Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe (Städt. Arbeitsamt Karlsruhe) Bähringerstr. 100.

Ich habe mich als Nachfolger des verstorbenen Frauenarztes Dr. Gihler in Karlsruhe als Frauen-Arzt wiedergelassen.

Dr. med. E. Kunz Kriegstr. 179. Teleph. 1500. 2469 Sprechstunden: Werktags halb 3 bis 5 Uhr.

Städtisches Konzerthaus Karlsruhe.

Samstag, den 6. Juli. Drei arme Teufel. Operette in 3 Akten von Rud. Oesterreicher u. H. Reichert Musik von Carl Weinberger. Anfang halb 8 Uhr. Ende gegen halb 11 Uhr.

